

Tabak-Arbeiter

Nr 16 / Bremen, den 20. April 1929

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 A ohne Bringerlohn. Glückwünsche- und Todesanzeigen sowie Arbeitsgesuche: Expedition des „Tabak-Arbeiter“. Andere Inserate und Beilagen: „W e r b a“ Gesellschaft für Anzeigen und Verlagswesen m. b. H., Berlin SW 11, Könnigsgrüner Str. 97. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Husung, Bremen. Druck: Bremer Buchdruckerei u. Verlagsanst. J. H. Schmalefeldt & Co. Redaktionschluss Montagsabend

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20., Telefon: Amt Domoheide 20780. Geld- und Einschreibendungen an Johannes Krohn, Postfach 5349 beim Postfachamt: Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft deutscher Consumvereine: m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Husung, Bremen. Verbandsausführungsvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Beienbindehof 57, Zimmer Nr. 24

An die Arbeiter aller Länder!

Seit im Jahre 1889, also vor vierzig Jahren, der 1. Mai als Demonstrationstag für Völkerfrieden und Arbeiterschutz bestimmt wurde, hat die internationale Arbeiterschaft ununterbrochen ihre Stimme für Völkerfrieden, Abrüstung und internationales Schiedsgerichtsverfahren, für Arbeiterschutz und gesetzliche Festlegung des Achtstundentages erhoben und den herrschenden Klassen aller Länder diese Forderung in besonders eindringlicher Form zum Bewußtsein gebracht.

Der „Große Krieg“ hat diese Arbeit unterbrochen und der ganzen Welt in schärfster Weise die Schrecken einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den Völkern eingehämmert.

Trotzdem inzwischen durch den Kelloggspakt der Krieg für außerhalb des Gesetzes stehend erklärt wurde, werden die Rüstungen ununterbrochen fortgesetzt. Wenn nicht die friedensfreundlichen Teile der Völker sich ebenso rührig zeigen wie die Nationalisten und Kriegsbegehr, kann eines Tages das gegenseitige Abschachten von neuem beginnen.

Es ist daher vor allem eine Pflicht der Arbeiterschaft, sich allen Versuchen, den militaristischen Geist und die militaristischen Hilfsmittel zu stärken, zu widersetzen. In der neuen Generation, die den Krieg nicht kennen gelernt hat, muß die Abneigung gegen Krieg und Militarismus aufrechterhalten werden, und die Arbeiterschaft darf keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie sich einer neuen Schlächtereier mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen wird.

Als vor zehn Jahren die erste Arbeitskonferenz in Washington zusammentrat, dachten Unternehmer und Regierungen noch einigermaßen an die Versprechungen, die der Arbeiterschaft während des Krieges gemacht wurden. Ein Arbeiterschutzprogramm wurde angenommen, das vor allem dem Verlangen der Arbeiterschaft nach Sicherung des Achtstundentages Rechnung trug. Bald aber ist man von den gegebenen Versprechungen abgerückt, fast nichts wesentliches ist durchgeführt worden; vor allem hat man es abgelehnt, die Hauptforderung der Arbeiter, den Achtstundentag, gesetzlich festzulegen. Soweit Fortschritte gemacht wurden, sind diese durch die geschlossene Macht der Arbeiterschaft durchgesetzt worden.

Es gilt, den Regierungen und der Unternehmerschaft zu zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht geneigt ist, sich beiseite drücken zu lassen und zu gestatten, daß die Reaktion die Einlösung der eingegangenen Verpflichtungen verhindert.

Der 1. Mai dieses Jahres soll den herrschenden Mächten in erster Linie die Friedensforderungen der Arbeiterschaft sowie die Forderung der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages in Erinnerung bringen. Darum fordern wir die Gewerkschaftsmitglieder in allen Ländern auf, auch in diesem Jahre wieder am 1. Mai machtvoll zu demonstrieren für

Abrüstung und Schiedsgerichtsverfahren,

Durchführung eines ausreichenden Arbeiterschutzes,

Gesetzliche Festlegung des Achtstundentages.

Da der Arbeiterschaft von ihren Gegnern erfahrungsgemäß nur zugestanden wird, was sie sich durch die Macht ihrer Organisation erkämpfen kann, richten wir zugleich die eindringlichste Mahnung an die gesamte Arbeitnehmerschaft, ihre Kampforganisationen immer weiter zu stärken, um alle Widerstände gegen den Fortschritt der sozialen Entwicklung mit steigendem Erfolg zu überwinden.

Internationaler Gewerkschafts-Bund

Arbeiter! Angestellte!

Wenige Wochen nur trennen uns vom 1. Mai, dem Tage, an dem überall die Arbeitenden aller Kulturvölker seit Jahren in großen Demonstrationen für die Befreiung der Arbeit vom Druck des Kapitalismus eintreten und an dem sie vereint den Ruf für ihre nächsten Forderungen:

Gesetzlicher Achtstundentag,

Ausbau der Sozialgesetzgebung und Weltfrieden

ertönen lassen. Zum vierzigsten Male begehrt die Arbeiterklasse in diesem Jahre die Maifeier. Vierzig Jahre, das ist ein großer Zeitraum im Leben eines einzelnen, im Leben der Völker aber nur ein Pulsschlag, doch weniger im Kampfe um die Freiheit, den die Menschen in wechselnder Form führen, seit die Unterdrückung begann. Vierzig Jahre! Viel ist seitdem erreicht worden. Gerade wir, die wir wissen, was noch zu tun übriggeblieben ist, brauchen die Erfolge der Arbeiterschaft nicht zu verkleinern. Und wir können sagen: Gemessen an dem, was vor vierzig Jahren war, leben wir heute, dank der Kampfesfreudigkeit der Arbeiterklasse, in einer ganz neuen Welt. Aber viel bleibt noch zu tun. Die Erfolge der Arbeitenden haben die Kapitalisten national und international zu einem festen Ring zusammengeschlossen. Unser Vormarsch soll dadurch aufgehalten werden. Trotzdem: Wir marschieren! Und wenn wir einig und geschlossen bleiben, wird uns nichts hemmen.

Nach dem mörderischen Krieg wurde der aufatmenden Welt Abrüstung und Verständigungspolitik versprochen. Pakte wurden abgeschlossen, durch die der Krieg geächtet wurde. Aber rings

um uns herum starrt die Welt in Waffen. Das ist ein Zeichen, wie stark die Reaktion noch ist, die sich der neuen Zeit entgegenstemmt. Wir werden nicht ruhen, bis der Weltfrieden gesichert ist. Auch im Kampf um den gesetzlichen Achtstundentag dürfen wir nicht erlahmen. Die letzten Verhandlungen in Genf haben von neuem gezeigt, wie groß die Widerstände sind, die wir noch zu überwinden haben. Wir werden sie überwinden, wie wir alle die Schwierigkeiten überwinden werden, die sich dem Ausbau der Sozialgesetzgebung entgegenstellen. Daß es da viel zu tun gibt, das zeigen die Verhandlungen in Paris um die Reparationen, das zeigen die Vorgänge bei uns, als es sich um die Regierungsbildung handelte. Alles das steht im Zeichen des Kampfes gegen die Sozialpolitik. Abrüstung, Achtstundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung, dafür demonstrieren wir am 1. Mai. Die deutsche Arbeitnehmerschaft wird bei diesen Demonstrationen, zu denen der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes auffordert, nicht an letzter Stelle stehen. Die Art, wie demonstriert wird, muß den Verbänden und Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes überlassen bleiben. Angestellte! Arbeiter! Demonstriert in würdiger Form! Hier und da bestehen Verbote der öffentlichen Umzüge. Respektiert auch diese Verbote, wie ihr auch sonst dazu steht. Die Mai feiern, diese Manifestationen für eine höhere Massenkultur dürfen nicht zu Tummelplätzen gemacht werden für uns innerlich und äußerlich stehende radaulustige Elemente.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.



Unorganisiert,
 arbeitslos, krank, invalid —
 da keine Verbandsunterstützung
 dem Elend preisgegeben



Organisiert,
 arbeitslos, krank, invalid —
 da Verbandsunterstützung,
 vor dem Schlimmsten bewahrt

Das wirtschaftliche Programm des I. G. B.

In der vom Pariser Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes (I. G. B.) im Jahre 1927 angenommenen Resolution über die wirtschaftlichen Probleme der Arbeiterklasse wird der Vorstand des I. G. B. ersucht, die Frage der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, d. h. speziell der Förderung des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges, der Rationalisierung, der nationalen und internationalen Kartelle sowie des inneren Marktes und seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung den angeschlossenen Ländern zu unterbreiten und sich alsdann in einer späteren Ausschußsitzung damit zu beschäftigen, und zwar zu dem Zwecke, „das Förderungs- und Aktionsprogramm des I. G. B. endgültig aufzustellen und die Tätigkeitsmethoden festzulegen, die geeignet sind, die Verwirklichung des gesteckten Zieles herbeizuführen.“ Unter Heranziehung von wirtschaftlichen Sachverständigen hat sich nun speziell die letzte, vom 21.—23. März in Amsterdam abgehaltene, Vorstandssitzung mit all diesen Problemen befaßt und so eine wichtige Vorarbeit für die weiteren Besprechungen auf der im Mai in Prag anberaumten Ausschußsitzung geleistet. Im Pariser „Peuple“ schreibt L. Jouhaux (Vizevorsitzender des I. G. B.) zum derzeitigen Stand der Besprechungen unter spezieller Bezugnahme auf die Arbeit der Sachverständigen:

In der letzten Vorstandssitzung hat sich der I. G. B. mit der internationalen Wirtschaftslage befaßt. Indem der Vorstand seine unmittelbar nach Beendigung des Krieges begonnenen Anstrengungen fortsetzt, hat er jene Lösungen geprüft, die speziell die wirtschaftlichen Probleme vom Standpunkt der Gewerkschaften aus erfassen sollen. Obwohl das neue wirtschaftliche Programm noch nicht vollständig ausgearbeitet ist, können wir schon jetzt sagen, daß damit drei Ziele verfolgt werden: Verteidigung der materiellen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse, Förderung des Wohlergehens aller Völker und Organisation einer internationalen Wirtschaft.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ist der Ansicht, daß die sozialen Probleme, von deren Behandlung das Los der großen Massen der Arbeiter abhängig ist, von den allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen bestimmt werden. Bei der gegenseitigen Abhängigkeit aller Länder der Welt ist die wirtschaftliche Entwicklung jedes einzelnen Landes ein Element des wirtschaftlichen Aufstiegs aller anderen Länder.

Die organisierte Arbeiterklasse darf demnach bei der Behandlung wirtschaftlicher Probleme nicht abseits stehen. In jedem Lande muß die Arbeiterklasse die Dinge nicht nur vom Standpunkt der nationalen Wirtschaft, sondern auch im Hinblick auf die Weltwirtschaft betrachten. Vor der ganzen Welt muß sie sich ein gemeinsames wirtschaftliches Programm zu eigen machen, das der kleinlichen und gegensätzlichen Politik der verschiedenen nationalen und internationalen kapitalistischen Interessengruppen eine Politik der internationalen Solidarität entgegenstellt, bei der sowohl die Interessen des Proletariats als auch jene der Allgemeinheit gewahrt bleiben.

Der I. G. B. kann an der wirtschaftlichen Konzentrationsbewegung, die jeden Tag deutlicher in Erscheinung tritt und ein immer schnelleres Tempo annimmt, nicht achtlos vorübergehen. Die gemaltigen Trusts und Kartelle, die Tausende von nationalen und internationalen wirtschaftlichen Interessengemeinschaften, die Ausläufer eines ungeheuren Netzes gegenseitiger Abhängigkeit und Durchdringung, die überall auftauchenden Finanzierungsgesellschaften — alle diese ungeheuren Organisationen, die nach dem Kriege überhandnahmen, haben in der ganzen Welt so weitverzweigte Wurzeln gefaßt, daß sie im Wirtschaftsleben eine Art Hegemonie und Diktatur bilden und gleichzeitig kraft ihrer Ueberlegenheit auch einen beträchtlichen politischen Einfluß ausüben.

Der I. G. B. widersteht sich nicht der besseren Organisation der Produktion. Schon oft hat er zum Ausdruck gebracht, daß dem Uebel einer ungeordneten Produktion ein Ende gesetzt werden muß, um die Ueberflutung der Märkte und die daraus entstehenden Krisen zu vermeiden. Andererseits darf er sich aber auch nicht verhehlen, daß, wenn diese Entwicklung ihre Vorteile hat, sie zurzeit gewaltige Gefahren in sich schließt, und zwar speziell für die Arbeiterklasse. Mit der weiterschreitenden kapitalistischen Konzentration, mit der Schaffung hundertprozentiger Monopole, geht allzeit eine Erhöhung des Einflusses der betreffenden Industrie Hand in Hand. Zu oft kommen die durch diese Konzentrationen sich ergebenden Ersparnisse nicht in einer Herabsetzung der Verkaufspreise zum Ausdruck. Zu oft richtet sich die von diesen Trusts und Kartellen errungene Machtstellung gegen die Interessen der Allgemeinheit.

Die Konzentration der Unternehmen und die Rationalisierung vollziehen sich unter Wechselwirkungen. Die Rationalisierung führt zur Ergründung von Methoden einer reibungsloseren Produktion. Dazu gelangt man zum Teil durch die Konzentration, die dann ihrerseits wieder eine größere Rationalisierung ermöglicht. Im Hinblick auf diese Entwicklung hat das international organisierte Proletariat seine Aufgaben zu gestalten und diese Aufgaben bestimmen das Programm des I. G. B. Man kann es wie folgt zusammenfassen:

Es gilt, dafür zu kämpfen, damit der Arbeiter nicht das Opfer dieser großen und schnellen Umwandlung wird. Es darf nicht gestattet werden, daß der Unternehmer den Arbeiter wie eine Ware behandelt. Energisch muß für die Arbeiterchaft ein gerechter Anteil an den vermehrten sozialen Reichtümern erkämpft werden. In allen Ländern muß die Arbeiterklasse fordern, daß die Rationalisierung nicht vor den Toren des einzelnen Unternehmens oder eines Industriezweiges haltmacht. Die Rationalisierung muß die ganze nationale Industrie erfassen und sie muß in enger und direkter Verbindung mit der Organisation der internationalen Wirtschaft erfolgen. Sie muß dem blinden Partikularismus der nationalistischen Politik von heute die Idee einer Weltwirtschaft entgegenstellen, die über die nationalen Grenzen hinauswächst und in rationeller Weise die Reichtümer der ganzen Welt zum gemeinsamen Wohle aller Völker nutzbar macht.



Zigarettenindustrie



Der vergrößerte Reemtsma-Konzern

Schon in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ konnten wir mitteilen, daß die Reemtsma A.-G. in Hamburg wieder eine Reihe von Zigarettenfabriken übernommen hat. In aufschlußreicher Weise berichtet die „Frankfurter Zeitung“ nun über alles, was mit diesen Angliederungen zusammenhängt, so daß wir richtig zu handeln glauben, wenn wir ihre wichtigsten Ausführungen zur Kenntnis der Kollegenschaft bringen. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt u. a.:

Die Lage in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 war so, daß bei erschwerter Absatzverhältnissen infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und durch die Verteuerung der Rohstoffe die meisten mittleren Fabriken sehr zu kämpfen hatten. Nach Aufhebung der Verordnung über die Händlerabgabe von 1927 waren alle deutschen Zigarettenfabriken außer Reemtsma und Neuerburg dazu übergegangen, den Händlerabgabe zu erhöhen in der Hoffnung, durch vermehrten Absatz die gestiegenen Herstellungskosten günstiger verteilen zu können. Diese Hoffnung scheint sich nur bei wenigen Fabriken erfüllt zu haben; denn es war schon Ende 1928 offensichtlich, daß die meisten deutschen Zigarettenfabriken wieder mit Verlust abschließen würden. In dem Augenblick, wo Reemtsma und Neuerburg, die bereits über 60 Prozent der deutschen Produktion beherrschten (Reemtsma etwa 38 und Neuerburg etwa 22 Prozent), dazu übergingen, den gleichen Händlerabgabe zu gewähren, war zu erwarten, daß die Krise zahlreicher Fabriken verschärft würde und daß Angebote wegen Übernahme der Fabriken auf die beiden Hauptzeuger kommen würden. Nachdem vorübergehend durch Bildung einer „Vereinigung des freiwirtschaftlichen Zigarettengewerbes in München“ eine Abwehraktion gegen Reemtsma und Neuerburg versucht worden war, haben sich die Dinge dann doch so entwickelt, wie es von den beiden Großzeugern in Rechnung gestellt worden war. . . . Nunmehr sind diese Verhandlungen, die im wesentlichen ausschließlich von der Reemtsma-Verwaltung (wenn auch wohl unter Fühlunghaltung mit Neuerburg) geführt worden sind, zum Abschluß gekommen. Der Reemtsma-Konzern hat dabei angekauft:

1. Die RM. 500 000 Anteile der Massary G. m. b. H. in Berlin aus dem Besitz der Brüder Schloßhauer. Monatserzeugung rd. 120 Millionen Stück, Absatz vorwiegend in Berlin und Umgebung.
2. Die Firma Eafstein Söhne in Dresden, die als offene Handelsgesellschaft mit 5 Millionen kapitalisiert ist und eine Monatserzeugung von 100 Millionen Stück hat.
3. Die Zigarettenfabrik Problem in Berlin, die bereits seit einiger Zeit stillgelegt ist und deren Vorräte und Anlagen an die Reemtsma-Gruppe übergehen.
4. Die Zigarettenfabrik Bulgaria G. m. b. H. in Dresden (Kapital 1 1/2 Millionen) mit einer Monatserzeugung von 60 Millionen Stück, die fast ausschließlich im Freistaat Sachsen verkauft wird.
5. Die Firma Jasmahz Söhne in Dresden, die seit 1904 von dem früheren Inhaber der schon zum Reemtsma-Konzern gehörenden Georg A. Jasmahz A.-G. gegründet worden war.
6. Eine Sonderabmachung ist über die Waldorf-Astoria A.-G. in Stuttgart zu erwarten . . . nachdem auch die Waldorf-Astoria 1928 mit einem erheblichen Verlust (rund 600 000) abgeschlossen hat und die Bilanz aus den früheren Jahren starke Anspannung zeigt.

Durch diese Angliederungen wird der Reemtsma-Konzern über etwa 52 Prozent der deutschen Zigarettenproduktion verfügen. Dazu kommt die Neuerburg-Gruppe einschließlich der Zuban-Werke mit etwa 23 Prozent, so daß beide Gesellschaften zusammen über drei Viertel der deutschen Erzeugung kontrollieren. Das Verhältnis zwischen Reemtsma und Neuerburg, dessen freundschaftlicher Charakter schon durch das erwähnte Zusammengehen in der Frage der Händlerabgabe dokumentiert worden ist, hat eine Vertiefung erfahren, die allerdings — wenigstens im Augenblick — äußerlich nicht in Erscheinung treten wird. Die zwischen beiden Unternehmungen bestehenden Abmachungen lassen sich wohl richtig als genklemmen agreement charakterisieren, das auf gemeinsame Preispolitik und Ausschaltung jedes betonten Wettbewerbs gerichtet ist. Dabei kann die Frage offen bleiben, ob nicht auch Neuerburg etwa in absehbarer Zeit dazu übergehen wird, seine Basis in der gleichen Weise zu erweitern wie Reemtsma, was nicht schwer sein wird, da auch heute noch mehrere Zigarettenfabriken nicht von einer gesicherten Zukunft sprechen können.

Im Rahmen der so durchgeführten großen Flurbereinigung ist auch das Verhältnis zu den übrigen noch freien Zigarettenfabriken auf eine neue Grundlage gestellt worden. Die wichtigsten noch freien Großfabriken sind folgende: Greiling, Garbaty, Halpaus, Muratti, Bergmann, Nestor Gianacis, Kyriazi Frères, Abdullah und Batschari. Mit einzelnen dieser Unternehmungen scheinen gleichfalls Verhandlungen geführt worden zu sein, entweder direkt oder durch Mittelsleute, ohne daß der wohl ins Auge gefaßte Anschluß an die Reemtsma-Gruppe zustande gekommen wäre. Am letzten Freitag haben diese Gesellschaften mit Reemtsma und Neuerburg die Preiskonvention mit dem Konventionssitz in Hamburg geschlossen, durch die alle Beteiligten sich vertraglich auf gleiche Händlerabgabehöhe geeinigt haben, bei der sie hoffen, die durch die bisherige Preisfleuderei entstandenen Schäden für die Zukunft zu vermeiden. Man kann annehmen, daß diese zum ersten Mal in der Zigarettenindustrie geschlossene straffe Konvention letzten Endes nur unter dem Druck des Vorgehens von Reemtsma und Neuerburg im Anfang dieses Jahres zustande gekommen ist. (Wir berichten über die Konvention an anderer Stelle dieses Blattes. Redaktion des „Tabak-Arbeiter“.)

Innerhalb der Reemtsma-Gruppe wird nunmehr auch die schon angekündigte Umorganisation der verschiedenen zum Konzern gehörenden, aber bisher äußerlich noch selbständigen Unternehmungen erfolgen. Die in der als Holdinggesellschaft dienenden Caland-Gesellschaft in Amsterdam (deren Kapital im Besitze der Herren Reemtsma und des Herrn Schnur ist) wird in den nächsten Tagen darüber Beschluß fassen, in welcher Form die Jasmahz A.-G., die Manoli A.-G., ferner die Firmen Josetti, Venidze, Sulima, Delta und Constantin mit der Reemtsma A.-G. als Spitzengesellschaft zusammengeschlossen werden. Dessen ist nur noch, ob das über eine neue zu gründende Dachgesellschaft geschieht oder ob die Reemtsma selbst diese verschiedenen Unternehmungen aufnimmt und lediglich als Tochtergesellschaften weiterführt. Eine Inanspruchnahme des offenen Kapitalmarkts ist dabei jedoch nicht zu erwarten, sondern die ganze Angliederung einschließlich der Neuerwerbungen erfolgt aus eigenen Mitteln der Gruppe bzw. aus verfügbaren Krediten. Die einzelnen Gesellschaften der Reemtsma-Gruppe waren zum Jahresabschluß hinreichend flüssig; so verfügte z. B. die Reemtsma A.-G. in Altona-Bahrenfeld über etwa RM. 8 Millionen Bankguthaben, die Jasmahz A.-G. über etwa 4 Millionen. Die einzelnen Gesellschaften werden übrigens 1928 mit der gleichen Dividende (also 10 Prozent bei Reemtsma, 6 Prozent bei Jasmahz und 7 Prozent bei Manoli) abschließen. Ueber die für die einzelnen neu erworbenen Unternehmungen bezahlten Preise liegen leider noch keine Angaben vor.

In Verbindung hiermit bringen wir eine weitere Preßmeldung, die für unsere Kollegenschaft auch nicht ohne Interesse sein dürfte:

Da die A. Batschari A.-G., Baden-Baden, mit ihren Steuerschulden von 10 Millionen Reichsmark, die auf 10 Jahre gestundet waren, neuerlich in Verlust gekommen ist, beschloß die Reichsfinanzverwaltung, einer Liquidation zuzustimmen, da bei einem Konkurs der größte Teil der Forderungen der Privatgläubiger ungedeckt geblieben wäre. Sie schloß ferner mit den Firmen Reemtsma A.-G. und Haus Neuerburg ein Abkommen, wonach diese Firmen sich verpflichten, die Reichsfinanzverwaltung bei Maßnahmen gegen die Verschleuderung der Aktiven zu unterstützen. Nach Durchführung der Liquidation werden die beiden Firmen die Betriebsstätten, unter Fortbeschäftigung einer Belegschaft auf ungefähr gleicher Höhe wie bisher, aufrechterhalten, doch wird nach Durchführung der Liquidation auf die Herstellung der Reemtsma-Marken verzichtet. Was die Beziehungen zur Waldorf-Astoria A.-G., Stuttgart, betrifft, so verpflichtet sich Reemtsma gegenüber der Stadt Stuttgart, in den nächsten zehn Jahren für sich selbst oder eine ihrer Tochtergesellschaften keine neuen Fabrikationsstätten zur Herstellung von Zigaretten zu errichten, ohne vorher geprüft zu haben, ob dies in Stuttgart möglich war. Ferner verpflichtet sich Reemtsma, einem Unternehmen, das die Hauptgebäude der Waldorf-Astoria erwirbt, eine Hypothek zu billigen Zinssätzen und eine Anleihe zu gewähren, sofern es sich nicht um ein reines Konkurrenzunternehmen gegenüber Reemtsma handelt. Weiterhin sind erhebliche Beträge zu Auszahlungen an die Belegschaft der Waldorf-Astoria bei Stilllegung des Betriebes zu Händen des Betriebsrates vorgesehen, sowie ein größerer Betrag für die Stadtverwaltung, um alte Angestellte und Arbeiter vor Not zu bewahren.

Eine neue Preisschutzvereinbarung

Sämtliche deutschen Zigarettenfabriken haben in einer Sitzung am 5. April ein gemeinsames Vorgehen gegen die Zigarettenfleuderei beschlossen. Es wurde eine Einigung dahin gehend erzielt, daß die Preise für die Industrie, die Preise für den Großhandel und die Preise für den Kleinverkauf nunmehr geschützt werden. Zur Regelung der Frage des Preisschutzes ist die „Reichsschutz- und Umsatzverrechnungsstelle G. m. b. H.“ in Hamburg gegründet. Sämtliche Zigarettenfabriken haben sich dieser Gesellschaft gegenüber vertraglich verpflichtet, gegen die Unterbietung der Kleinverkaufspreise vorzugehen.

Die Fabrikationspreise sollen in den Hauptpreislagen um 2 M heraufgesetzt werden. Auf die Fabrikpreise soll ein Rabatt von 5 Prozent und je nach der Höhe der Umsätze des Abnehmers eine Prämie von 1 bis 4 Prozent gewährt werden. Bei Barzahlung soll ein Skonto von 3 Prozent und bei Zahlung innerhalb von 14 Tagen von 2 Prozent gewährt werden. Den Großlisten soll durch die Reichsschutz- und Umsatzverrechnungsstelle G. m. b. H. weiterhin eine vierteljährlich auszuzahlende Sonderumsatzprämie gewährt werden. Diese beträgt bei einem Gesamtumsatz von 10 000 M in einem Vierteljahr 2 Prozent; sie erhöht sich auf 4 Prozent bei Umsätzen über 80 000 M mit vier Zwischenstufen. Die Sonderumsatzprämie wird nur gezahlt, wenn die Großabnehmer die Fabrikpreise einhalten und weder direkte noch indirekte Preisnachlässe gewähren.

Lohnvereinbarung für Berlin

Vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin ist am 25. März ein Schiedsspruch gefällt worden, der inzwischen die Zustimmung Leider Parteien gefunden hat. Danach erhalten in der Berliner Zigarettenindustrie Wochenlöhne:

Arbeiterinnen in der Bäckerei, Banderoliererei und Etikettiererei bis zum Alter von 17 Jahren einschließlich Einstellungslohn 19 M, nach 4 Monaten Berufstätigkeit 25 M; über 17 Jahre: Einstellungslohn 26 M, nach 4 Monaten Berufstätigkeit 32 M.

Tabak- und Maschinenabteilung

a) Arbeiterinnen bis zum Alter von 18 Jahren einschließlich Einstellungslohn 22 M, nach 4 Monaten Berufstätigkeit 29 M; über 18 Jahre: Einstellungslohn 30 M, nach 4 Monaten Berufstätigkeit 35 M.

Führerinnen an Packmaschinen und Zwei-Zylinder-Jagenberg-Banderolier-Großmaschinen 41 M, an Banderolier-Großmaschinen 35 M.

Arbeiterinnen an Packmaschinen 34 M, an Banderolier-Großmaschinen 33 M, beim Vorfeuchten und Ristenwaschen 40 M, an Zupfmaschinen 45 M.

b) Arbeiter bis zum Alter von 20 Jahren einschließlich Einstellungslohn 28 M, nach 4 Monaten Berufstätigkeit 36 M; über 20 Jahre: Einstellungslohn 40 M, nach 4 Monaten Berufstätigkeit 52 M.

Aufreiber, Sieber, Mischer, Schleifer, Feuchter 56 M, Tabakschneider, Vorfeuchter, sowie Messerschleifer am Sandstein 60 M.

Arbeiterinnen und männliche Arbeiter bis zum Alter von 20 Jahren, die mit Aufreiben, Sieben, Mischen, Schleifen, Feuchten und mit Tabakschneidern beschäftigt werden, erhalten in jeder Staffel die Hälfte der Differenz zwischen den Löhnen ihrer Staffel und der entsprechenden Staffel der männlichen Arbeiter während der Ausübung dieser Tätigkeit.

Werden Arbeiten im Akkord ausgeführt, so sind die Akkordpreise so zu bemessen, daß ein Arbeitnehmer durchschnittlicher Leistungsfähigkeit 20 Prozent über den Tariflohn seiner Gruppe verdienen kann. Sofern der Akkorddurchschnittsverdienst einer Gruppe bereits bisher 20 Prozent über den neuen Tariflohn lag, sind die Akkordpreise um 3 Prozent zu erhöhen. Sofern der Akkorddurchschnittsverdienst einer Gruppe bereits bisher 40 Prozent über den neuen Tariflohn lag, bleiben diese Akkordpreise unverändert bestehen.

Dieses Lohnabkommen tritt am 1. April 1929 in Kraft und gilt bis zum 31. März 1930. Es verlängert sich jeweils um 3 Monate, wenn es nicht 1 Monat vor Ablauf mittels schriftlicher Erklärung gekündigt wird.

Bekanntmachungen

Am 20. April ist der 16. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

4. April. Karlsruhe 100.—
 5. Langula 57.20.
 6. Lüdtgen 50.—, Märzdorf 228.50, Frankenstein 43.30, Halle a. d. S. 400.—, Magdeburg 515.—, Soest 50.—, Mosbach 40.—, Bentorf 100.—, Moringen 100.—, Untergruppenbach 120.30, Gießen 150.—
 8. Torgau 64.60, Grafentonna 42.70, Kaldenkirchen 84.05, Sulzingen 40.—, Marburg 105.60, Nüßersleben 120.—, Sprotau 85.60, Bunzlau 68.30, Hohenheim 500.—, Barntrup 95.05, Croßen 41.50, Wittenberge 80.—, Heß-Lichtenau 109.30, Maienfels 208.80, Würzburg 286.70, Regensburg 392.90, Unteröwisheim 103.65, Neumarkt 89.—, Landsbut 71.20, Lachen 120.—
 9. Dillenburg 124.20, Oberhausen 34.80, Zell 60.15, Michelsfeld 70.45, Reilingen 300.—, Neulohheim 160.—, Tairnbach 40.—, Walldorf i. B. 20.—, Maßenbachhausen 122.45, Philippsburg 225.—, Altlußheim 202.50, Hannover 600.—, Wallendar 107.05, Mittweida 214.95, Schweidnitz 19.65, Cammerforst 117.45.
 10. Calbe 439.45, Guben 80.05, Obercunnersdorf 115.—, Dingelstädt 140.45, Frankenberg 1000.—, Dresden 3000.—, Dresden 600.—
 11. Breslau 800.—, Newes 10.45, Lehesten 158.40, Andernach 65.—, Döbeln 300.—, Ronneburg 19.28.
 12. Hamburg 400.—, Spener 15.70, Dresden 3000.—, Steinbach-Hallenberg 1000.—, Mügeln 8.25, Zwickau 123.89, Burgdamm 300.—, Walbangeloch 127.45.
 13. Bremen 300.—
- Bremen, den 16. April 1929. Joh. Krohn.

Pfingsttour an den Rhein

Auf Anregung aus Mitgliederkreisen hat die Gauleitung Heidelberg folgende Tour in Vorschlag gebracht:

Abfahrt Pfingstsonntagmorgen Heidelberg 7.28 Uhr, Mannheim 7.51, Ludwigshafen 8.16, Schnellzug über Worms, Mainz, Ankunft Bingen 10 Uhr. Besichtigung Bingen, Ueberfahrt nach Rudesheim, Aufstieg zum Niederwalddenkmal (wunderbare Aussicht), über die Grotte Rondel zum Jagdschloß und Altmannshausen. Mittagspause. Von dort mit dem schönsten Rheindampfer bis Koblenz. Dasselbst Stadtbefichtigung, Deutsches Eck und Roter Hahn. Montag morgen nach Kapellen auf Schloß Stolzenfels, Besteigung der Lorelei, dann zum herrlich gelegenen Bacharach. Von dort mit dem Dampfer zurück nach Bingen und dann mit der Bahn zurück nach Heidelberg. Vorstehende Tour ist die schönste an unserem herrlichen Rheinstrom, sie wird deshalb bei allen Teilnehmern ewig in Erinnerung bleiben. Für preiswerte Verpflegung und Uebernachten wird Vorkehrung getroffen. Fahrgehalt von Heidelberg bis Koblenz und zurück beträgt ungefähr 10 Mark. Alle Teilnehmer ab Heidelberg haben sich bis spätestens 1. Mai mit Einzahlung von 10 Mark für Fahrkarte bei der Gauleitung Heidelberg, Rößbacher Straße 13, zu melden. Alle anderen Teilnehmer lösen am besten eine Sonntagskarte bis Bingen. Für die Schiffskarte sind 5 Mark einzuladen. Diese Tour soll in erster Linie den Zweck haben, den geselligen Verkehr unter Gleichgesinnten zu fördern und dabei das herrliche Rheinpanorama zu genießen. Es wird eine recht zahlreiche Beteiligung unserer Mitglieder, deren Familienangehörigen und sonstiger Gefinnungsfreunde erwartet. Ueber das nähere Arrangement wird gerne nähere Auskunft gegeben. Also, überall gerüstet zur Pfingsttour an den schönen deutschen Rhein!

Die Gauleitung 6, Heidelberg

Kolleginnen und Kollegen werbt unermüdetlich für den Verband!

Unserm verehrten, lieben Kollegen und Kassierer

Fritz Prager

zu seinem am 18. April stattgefundenen 49. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

Seine Freunde der Zahnstelle Hockenheim.



Billige böhmische Bettfedern

nur reine, gutfüllende Sorten
Ein Kilo graue, geschlossene 3 M.
naßweiß 4 M., weiße 5 M., bessere
7 M., daunenweich 8 M., 10 M.,
beste Sorte 12 M., 14 M., weiße
ungeschlossen 1.50 M., 0.50 M., beste Sorte 11 M.
Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. —
Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachel, Lobes Nr. 245
bei Pilsen, Böhmen.



Lassen Sie sich das Buch üb. Hygiene von der früh. Oberbäuerin der Charité Berlin kostenfrei und unverbindlich senden durch
Frau Anna Hein,
Spezialhaus für Frauen-Bedarfsartikel
Berlin 86
Potsdamer Str. 106 a
Preisliste üb. sanitäre Artikel bei Angabe des Gewünschten ebenfalls kostenlos

Theorie und Praxis

In der Öffentlichkeit spielt immer wieder die Frage eine Rolle, ob der Lebensstandard der breiten Massen sich dem Vorkriegsstande angepaßt habe oder nicht. Das Statistische Reichsamt hat bekanntlich Meßzahlen aufgestellt, die den tatsächlichen Stand der Lebenshaltung, der Preisgestaltung u. a. ausdrücken sollen. Der amtliche Lebenshaltungsindex ist von sehr problematischem Wert; schon allein darum, weil wichtige Teile der notwendigen Ausgaben nicht berücksichtigt werden. Es ist deshalb zu begrüßen, daß das Statistische Landesamt Hamburg in den Jahren 1925 und 1926 eingehende Untersuchungen von 300 Familien, die dem Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenstande angehören, durchgeführt hat, die außerordentlich aufschlußreich sind.

Der Untersuchung zugrunde lagen die Haushaltungen von 146 Arbeitern, 102 Lehrern, 6 Beamten, 24 kaufmännischen Angestellten und 22 sonstigen Angestellten. Der Jahresdurchschnitt der Einnahmen sämtlicher Haushaltungen stellte sich auf 4283 Mark. Das Durchschnittseinkommen bei den Arbeitern war um 24,12 v. H., bei den Beamten um 6,57 v. H., bei den kaufmännischen Angestellten um 4,65 v. H. und bei sonstigen Angestellten um 7,44 v. H. niedriger als die Jahreseinnahmen im Durchschnitt. Das Einkommen der Lehrer lag um 39,04 v. H. über dem Durchschnitt. Die sorgfältigen Untersuchungen des Statistischen Landesamts in Hamburg bestätigen die Behauptung, daß mit höherem Einkommen der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel an den Gesamtausgaben fällt. Dies geht aus nachstehender Zusammenstellung deutlich hervor:

Es wurde ausgegeben im Durchschnitt einer Haushaltung:

v. Haushaltung	für		für		zusammen	
	Lebensmittel	sonst. Lebensbedürfnisse	RM.	v. H.	RM.	v. H.
Arbeiter	1409,29	44,91	1728,64	55,09	3137,93	100
Lehrer	1707,57	29,46	4088,56	70,54	5796,13	100
Beamten	1389,20	35,84	2542,22	64,66	3931,42	100
Kaufm. Angest.	1400,85	34,31	2682,08	65,69	4082,93	100
sonst. Angest.	1455,65	37,95	2378,59	62,04	3834,24	100
1. Durchschnitt	1513,03	36,16	2671,21	63,84	4184,24	100

Die Ernährungsweise der untersuchten Haushaltungen war gemäß dem Einkommen sehr verschieden. Bei den Arbeitern

waren die Ausgaben für billige Nahrungsmittel, wie Fette, Fische, Fleisch, Wurst usw. absolut wie anteilmäßig höher als bei den anderen Berufen. Bei den Ausgaben für Butter und die besseren Nahrungsmittel war das Gegenteil der Fall. So gab ein Arbeiterhaushalt im Jahre 1926 für Fette ohne Butter 103,02 M aus, dagegen die Lehrer 61,49 M. Bei Butter war das Verhältnis gerade umgekehrt. Ein Arbeiterhaushalt gab 79,95 M für Butter und der Lehrerhaushalt 184,27 M für das gleiche Nahrungsmittel aus. Die Arbeiter verbrauchten mehr Fleisch- und Wurstwaren als die Lehrer, die Ausgaben hierfür waren aber geringer. Der Gegensatz zwischen Gewicht und Ausgaben bei den Lehrern einerseits und den Arbeitern andererseits ist darauf zurückzuführen, daß die letzteren zum größten Teil Gefrierfleisch aßen, während in den Haushaltungen der Lehrer, der Beamten und der kaufmännischen Angestellten zur Hauptfache frisches Fleisch verbraucht wurde. Auch der Fischverbrauch war bei den Arbeitern am höchsten, dagegen die Ausgaben bei ihnen am niedrigsten. So geht es noch bei einer Reihe von Nahrungs- und Genussmitteln. Interessant ist eine Gegenüberstellung über die Ausgaben und den Verbrauch im Jahre 1926 gegenüber 1907. Folgende Unterschiede zeigen sich zwischen Ausgaben und Verbrauch:

im Jahre 1926 gegen 1907	Milch v. H.	Butter v. H.	Räse v. H.	Fleisch v. H.
Ausgaben mehr	19,90	4,24	92,78	26,64
Verbrauch weniger	19,85	36,34	25,23	6,47

Bei den pflanzlichen Nahrungsmitteln waren die Unterschiede für:

	Brot v. H.	Gemüse v. H.	Obst v. H.	Zucker v. H.	Kaffee usw. v. H.
Ausgaben mehr	16,16	107,53	115,58	64,57	57,64
Verbrauch weniger	1,09	9,21	3,13	1,32	16,40

Diese Zusammenstellungen zeigen, daß die Ausgaben sich bei allen Produkten teilweise nicht unbeträchtlich vermehrt haben. Dagegen ist der Verbrauch mehr oder weniger zurückgegangen. Die Einbuße an Eiweiß, Fett, Kohlenhydrate und Kalorien durch den Winderverbrauch an vollwertigen Nahrungsmitteln mußte bei den Arbeitern und Angestellten ausgeglichen werden durch den Mehrverbrauch an Fette, Fischen und Kartoffeln. Es bedarf

„Diagnosen“

Von Max Eck-Troll.

In einem kleinen Ort hoch oben im Gebirge hatte ein alter Bauer unglaublichen Zulauf von Kranken, die bei ihm Heilung suchten, nachdem alle Doktoren ihnen nicht hatten helfen können.

Sein Ruf als Heilkünstler hatte auch seine Berechtigung, denn alle Patienten, die zu ihm kamen, waren nach kurzer Zeit geheilt.

Darum kamen die Kranken von weither gereist, und der Bauer wurde ein reicher Mann.

Das erregte den Neid der Ärzte, die doch so viele Examen gemacht hatten, und denen doch so vieles nebenbei gelang.

Die Ärzte kamen eines Tages zusammen, und ein besonders tüchtiger „Kollege“ erhielt den Auftrag, den Bauerndoktor aufzusuchen, ihn auszufragen, wie er es anstelle, daß seine Kranken wieder gesund würden.

Der Vertrauensmann der Ärzte begab sich also auf die Fahrt, und wurde von dem Bauerndoktor sehr freundlich empfangen.

Das gab dem Herrn Doktor Mut, und er rückte ganz offen mit der Sprache heraus:

„Sie haben große Erfolge. Wir Männer vom Fach wissen das zu würdigen. Ihr seid kein Kurpfuscher. Ihr versteht sicherlich viel von der Kunst, Kranke zu heilen. Aber sagt, wie bringt Ihr es zuwege, daß Ihr immer goldrichtig diagnostiziert?“

„Diagnostiziert? Was heißt das?“ versetzte der Bauersmann.

„Das wißt Ihr nicht? Und könnt doch die Kranken heilen. Das geht nicht mit rechten Dingen zu. Steht Ihr gar mit dem

Teufel im Bunde? Wißt nicht, was Diagnose ist, die Wissenschaft; aus den Krankheitsercheinungen und den Beobachtungen des Patienten die wahre Ursache seiner Krankheit zu erkennen? Wer das nicht kann, der kann doch auch keine Krankheit heilen!“

„So,“ erwiderte der Bauer, „dann müßt Ihr studierten Ärzte aber sehr wenig von dem verstehen, was Ihr Diagnose nennt!“

Das versetzte den Herrn Doktor in die Rage, und er fühlte sich aus Solidaritätsinteresse für seine Standeskollegen verpflichtet, seinen Beruf zu verteidigen. Er wollte aber seine Mission erfüllen und hielt sich zurück in seinem Protest, da er ja aus dem Bauernheilkünstler dessen Geheimnis ergründen wollte.

Darum setzte er sein diplomatischstes Lächeln auf und frug verbindlich:

„Wie meint Ihr das?“

„Seht,“ antwortete der Bauer, „wenn Kranke zu mir kommen, frage ich sie gründlich aus nach dem bisherigen Verlauf ihrer Krankheit, bei welchen Ärzten sie gewesen und welche Kuren und Arzneien ihnen der hzm. die „Doktoren“ verordnet haben. Das alles notiere ich mir sehr sorgfältig auf ein Blatt Papier. Und wenn mir meine Patienten nichts mehr zu sagen haben, dann frage ich zum Schluß: „Und das alles hat nichts geholfen?“ Darauf erhalte ich stets die Antwort: „Dann wäre ich ja nicht bei Ihnen!“

„Und was tun Sie dann?“ fragte neugierig der Arzt.

„Was ich dann tue? Ich verordne immer das Gegenteil von dem, was Ihre Herren Kollegen verordnet haben. Rücken die kalten Umschläge nichts, dann müssen es bei mir eben warme tun. Haben Ihre Kollegen Fleischgenuß verboten, dann befehle ich meinen Patienten: „Was, Fleischessen hat er Ihnen ver-

seiner längeren Erläuterung, daß sich hierin eine ganz gewaltige Verschlechterung der Lebenslage zeigt.

Sehr aufschlußreich ist eine Zusammenstellung über die Steigerung der Ausgaben für physiologisch notwendige Lebensbedürfnisse, Pflichtausgaben und für sonstige Lebensbedürfnisse. Die prozentuale Steigerung der Ausgaben 1926 gegen 1907 betrug für die

	physiologisch notwendigen Lebensbedürfnisse	Pflicht- ausgaben	sonstigen Lebens- bedürfnisse
bei den Arbeitern	31,86	315,30	94,43
bei den Angestellten . .	29,17	242,25	59,72
bei den Lehrern	25,50	148,38	70,19

Diese Tabelle spricht für sich selbst. Unter Pflichtausgaben sind zu verstehen: Steuern und soziale Abgaben. An Steuern mußte der Arbeiter 1926 gegen 1907 643,94 v. H. mehr aufwenden. Die Steigerung der sozialen Abgaben betrug 241,27 v. H. Beide zusammen stiegen um 315,30 v. H. Für sonstige Lebensbedürfnisse mußte der Arbeiter 94,43 v. H. mehr ausgeben als 1907. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, einige Worte zu dem Lebenshaltungsindex des Statistischen Reichsamts zu sagen. Dieser geht bekanntlich einseitig von den Verbraucherverhältnissen einer minderbemittelten Arbeiterfamilie aus. Das Statistische Reichsamt läßt außerdem Steuern und soziale Abgaben außer Betracht. Die Hamburger Untersuchung stellt hierfür die Summe von 301,80 Mark als durchschnittliche Ausgabe bei den Arbeitern im Jahre fest. Für sonstige Lebensbedürfnisse hat das Statistische Landesamt Hamburg 535 Mark errechnet. Das sind rund 17 v. H. der Gesamtausgaben. Rechnet man die Rubriken sonstige Lebensbedürfnisse und Pflichtausgaben zusammen, so ergeben sich hier 27 v. H. der Gesamtausgaben, die eigentlich unter der Rubrik „Sonstiger Bedarf“ in dem Lebenskostenindex des Statistischen Reichsamts verzeichnet sein müßten. Das ist das Dreifache dessen, welches in Wirklichkeit eingestellt wird. Eine lehrreiche Illustration, wie unbrauchbar die amtliche Berechnung der Lebenshaltungskosten ist.

Will man die soziale Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung untersuchen, dann kann man nicht von einer willkürlich aufgestellten Meßziffer ausgehen. Das tägliche Leben läßt sich damit nicht vereinbaren. Die arbeitende Klasse ist immer mehr gezwungen, einen weit größeren Teil des Einkommens für Pflichtausgaben (Steuern, soziale Abgaben, Miete, Heizung usw.) anzulegen. Je geringer das Einkommen, je höher der prozentuale Anteil für die Pflichtausgaben. Die am geringsten entlohnten Lohn- und Gehaltsempfänger werden durch die enorme Steigerung der Pflichtausgaben am höchsten betroffen. Für Kultur- und Freizeitausgaben bleibt wenig Raum. Deshalb befinden sich die Gewerkschaften durchaus im Recht, wenn sie mit allen Mitteln versuchen, die Einkommensverhältnisse für die niedrig entlohnten Arbeiterinnen und Arbeiter.

I. G. B. und Abrüstungsfrage

Auf der vom 21. bis 23. März in Amsterdam abgehaltenen Sitzung beschloß der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes (I. G. B.) an den Sekretär des Völkerbundes im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage nachstehendes Schreiben zu richten:

Auf Grund eines am 21. März 1929 in Amsterdam gefaßten Beschlusses bittet Sie der Vorstand des I. G. B., dem Vorsitzenden und den Delegierten der vorbereitenden Abrüstungskommission nachstehende Resolution mitzuteilen: „Der I. G. B. erwartet im Namen seiner 14 Millionen Mitglieder von der vorbereitenden Abrüstungskommission, daß sie ihre Arbeit energisch fortsetzt, damit in kürzester Zeit — d. h. einem Beschlusse der letzten Völkerbundsversammlung zufolge im Laufe des Jahres 1929 — die Internationale Abrüstungskonferenz einberufen werden kann.“

Der I. G. B. erklärt, daß, wenn die feierlich übernommenen Verpflichtungen nicht verkannt werden sollen, das Werk der Abrüstung, das vom Friedensvertrag und vom Völkerbundsstatut als unbedingt Voraussetzung eines sicheren und dauerhaften Friedens bezeichnet wird, nicht mehr weiter hinausgeschoben werden kann.

Die vorbereitenden Arbeiten der Kommission haben die Lösung der technischen Probleme der Abrüstung ermöglicht, ferner haben die Pakte von Locarno und Paris weitere Voraussetzungen der Sicherheit gebracht, die es gestatten, die „Rüstungen in den verschiedenen Ländern auf das mit der Sicherheit des Landes verträgliche Minimum“ herabzusetzen.

Der I. G. B. verlangt, daß den Friedenswünschen der Arbeiter der ganzen Welt Gehör geschenkt wird und der Friede, dessen Sicherung die wichtigste Aufgabe des Völkerbundes ist, endlich durch Abrüstung und Schiedsgericht organisiert wird.

In der Hoffnung, daß dieses erhabene Ziel für die ganze Menschheit bald zur erfreulichen und fruchtbringenden Tatsache werden wird, zeichnen wir

Hochachtend

Internationaler Gewerkschaftsbund:
Joh. Sassenbach, Generalsekretär.“

Die Magen des Herrn Professors

In Berlin tagte kürzlich die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie. Neben vielem Wichtigem und Unwichtigem wurde auf dieser Tagung auch über die Wirkung der Sozialversicherung gesprochen. Die Sozialpolitik ist ja bekanntlich ein beliebter Stoff zur Ausfüllung gedankenarmer Tagesordnungen. In den Presseberichten über obigen Kongreß wird besonders ein Vortrag eines Professors über das Thema „Geographischer und sozialer Einfluß bei verschiedenen Erkrankungen“ erwähnt. Demselben Professor ist es in seiner Praxis aufgefallen, daß es ungeheuer viel Kranke gibt, die als Träger einer Sozialversiche-

boten? Es ist zum Lachen! Im Gegenteil! Sie müssen recht viel Fleisch essen!“

„Und?“ frug der Arzt.

„Bis heute hat es immer prompt geholfen. Meine Patienten sind bis heute alle gesund geworden. Und ich auch. Ich gebe daher meine „Praxis“ noch heute auf. Ich habe mir immer eine „Reise um die Welt“ gewünscht. Die trete ich bald an. Denn meine Mittel erlauben es. Ich gebe Ihnen, Herr Doktor, und Ihren Herren Kollegen den wohlgemeinten Rat: „Wissen Sie nicht genau, was dem Patienten eigentlich fehlt, dann verordnen Sie immer das Gegenteil von dem, was Sie eigentlich verordnen wollten! Sie werden sehen, Sie werden Gesunde aus Kranken machen!“

Der Herr Doktor dankte für die ausführliche Auskunft, denn seine Mission war erfüllt. In der nächsten Sitzung seiner Kollegen erstattete er Bericht. Die Gelehrten schüttelten ob solcher Weisheit des Bauern doktors bebenklich ihre langen weißlockigen Perrücken, denn die Geschichte spielte vor langer, langer Zeit, vor vielen hundert Jahren, als die Gelehrten und feinen Leute noch Perrücken trugen, und große, wagenradgroße Halskrausen.

Und, was das Seltsame war, die Herren Doktoren handelten nach dem Rat des Bauern und siehe da, es gab bald im weiten Umkreis keine Kranken mehr.

Aus Halskrause und Perrücke siehst du, lieber Leser, daß die Geschichte so alt ist, daß sie schon bald eine Legende genannt werden kann. Es könnte auch ein Lustspiel von Hans Sachs sein, er hätte dieses lustige Spiel sicherlich gedichtet, wenn der die Geschichte gekannt hätte. Heute würde kein Mensch mehr diese Geschichte von dem Bauern doktor glauben, denn die medizinische

Wissenschaft ist so weit vorgeschritten, die untrügliche Diagnostik ist eine so selbstverständliche ärztliche Kunst geworden, daß kein Arzt mehr eine Fehldiagnose stellt, und alle Kranken richtig behandelt werden.

Qual des Alltags

Von Willy Wagner-Stürmer

In der Fabrik ging alles den gewohnten Gang. Nichts vermochte das Gleichmaß zu stören. Die Maschinen rasten weiter, die Hämmer sangen dröhnend das Lied des ewigen Wirkens und aus den Schornsteinen zog in grauen Wolken der Rauch und wickelte die Vorstadt in einen trüben Schleier. Die Fenster waren heute so finster wie gestern, zitterten unter dem ewigen Rattern, das keine Unterbrechung und keine Müdigkeit kannte, sondern im ewigen Rasten neue Werte schuf.

Und Tag für Tag strömten Scharen Werkstätiger durch die schmalen Türen, sie nutzten sich schneller ab wie Stahl und Eisen, lösten müde Kameraden ab, in deren Hirn stundenlang noch das Surren der Turbinen weiterklang, selbst im Schlafe noch, hinter dessen Erwachen bereits wieder die Erinnerung lauerte. . . .

Nur damals, am Tage seiner Hochzeit, hatte der Schlosser Blank, einer von der großen Herde, sich zwei Tage beurlauben lassen, zwei kurze Tage, die ausreichen mußten, um unbefehwert ein großes Glück liebend zu umfassen, um ein Leben umzustellen, das bestimmt war, fortan eine verantwortungsvolle Last zu tragen, eine Würde, die noch weniger Mühe zur Ruhe gab.

Und schon war die nüchterne Fron über dieses Ereignis hinweggeschritten, hatte während der Werkstunden brutal jedes

zung nicht den Willen und Wunsch haben, schnell zu genesen und ganz gesund zu werden, und die von ihrer Krankheit leben.“ Doch lassen wir den Berichtersteller einer Tageszeitung (B. V. C. Nr. 161) sprechen:

„Vor allem nach Magenoperationen hat er (der betreffende Professor) entgegen seinen früheren Erfahrungen bei einem enorm hohen Prozentsatz der Versicherungsranken immer wieder Beschwerden zu hören bekommen, für die sich auch durch genaueste Untersuchung und unter Umständen sogar erneute Operation keine Grundlage finden ließ. Wogegen fast alle Nichtversicherten nach Magenoperationen beschwerdefrei blieben.“ Auf Grund dieser Tatsachen erblickt Professor v. Haberer in der jetzigen Form der deutschen Sozialversicherung eine große Gefahr für das Volkswohl: „Sie verwehrt das Volk, ja sie erzieht zur Renten sucht.“

Die Operation eines Magens ist für den Besitzer desselben keine einfache Sache. Der Professor, der die obigen Klagen vorbrachte, scheint fest davon überzeugt zu sein, daß die von ihm operierten Magen ohne weiteres gesund sein müssen. Weil es dennocht zu Beschwerden kam, führt er dies ohne weiteres auf „Renten sucht“ zurück. Es ist erstaunlich, zu welchen Beleidigungen sich manche verbohrt Reaktionäre hinreißen lassen. Ganz entschieden zurückgewiesen werden muß der Vorwurf, daß es eine nennenswerte Zahl von Arbeitern gibt, die von ihrer Krankheit leben; vielmehr lebt der größte Teil der deutschen Chirurgen sehr gut von der Krankheit anderer. Ein sehr großer Teil der von den Versicherten aufgebrauchten Mittel fließt in die Taschen dieser Leute. Das hindert sie jedoch nicht, auf die Versicherten zu schimpfen.

Die erste deutsche Frauenzeitung

Von Dr. Käthe Marcus (Berlin)

Am 21. April 1849, vor nunmehr 80 Jahren, erschien in einer kleinen sächsischen Stadt die erste Nummer der ersten deutschen Frauenzeitschrift. Der Aufruf, mit dem die Zeitung eingeleitet war, trug als Unterschrift den Namen Luise Otto, einen Namen, den die deutsche Frauenbewegung zu ihrem ersten und vornehmsten zählt. Schon damals war Louise Otto in weitesten Kreisen keine Unbekannte. Sie hatte schriftstellerische Arbeiten von starker sozialer Tendenz veröffentlicht, und hatte im Mai 1848 in ihrer „Adresse eines Mädchens“ die Rechte der Arbeiterinnen verfochten. Ihr sozialer und politischer Wille drängte nach einer Betätigung, in der sie sich planmäßig und wirkungsvoll entfalten konnte. So entstand die „Frauenzeitung“, die in politisch bewegter Zeit ein wechselvolles Schicksal erleben sollte.

Das Motto der Zeitung „Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen!“ schließt alles in sich ein, was Louise Otto erstrebte und mit ihrem Blatt erreichen wollte. In einem freiheitlich regierten Staate sollten die Frauen aller Stände vollberechtigte Bürgerinnen werden. Diese Forderung ist das Fundament, auf

dem Louise Otto alles Weitere aufbaut. Ihr zweiter Gedanke gilt der weiblichen Solidarität, also der Erkenntnis, daß die Frauen „nicht vereinzelt, jede für sich“ streben dürfen, „sondern vielmehr jede für alle“. Als Drittes verlangt sie von den Frauen, daß sie sich „derer zumeist annehmen, welche in Armut, Elend und Unwissenheit vergessen und vernachlässigt schmachten“.

„Zwanzig Monate hindurch erschien allwöchentlich am Sonnabend eine Nummer der „Frauenzeitung“. Ende des Jahres 1850 wurde ein harter Schlag gegen sie geführt: Es erschien der Entwurf eines neuen sächsischen Preßgesetzes mit einem Paragraphen, der Frauen von der verantwortlichen Redaktion einer Zeitschrift ausschloß. „Diesen Passus hat man meinetwegen erlassen, es ist nicht zuziel, wenn ich mir das einbilde.“ schrieb Louise Otto kurz nach der Bekanntgabe der Gesetzesvorlage. Mit starkem Selbstbewußtsein lehnte sie es ab, ihr Blatt einem männlichen Redakteur zu übergeben. Sie verlegte, ohne große Erwartungen, den Verlagsort nach Gera, wo die Zeitung noch fast drei Jahre mit wesentlich verminderter Wirkung und Verbreitung erschienen ist.

Die erste deutsche Frauenzeitung war in der Hauptsache ein soziales und politisches Kampfblatt. Ihre Richtung war bestimmt durch die Ideale des Jahres 1848. Die rein literarische Unterhaltung fand keinen Platz in den Spalten der Zeitschrift. Selbst Erzählungen und Verse wurden nicht nach ihrem künstlerischen Gehalt, sondern nach ihrer Tendenz ausgewählt. Louise Otto hat selbst sozial betonte Gedichte beigezeichnet, von denen einige heute noch erschütternd wirken. Einmal verließ das Blatt der Beschlagnahme, weil Louise Otto in einem ergreifenden Stimmungsbild die Leiden der politischen Gefangenen in Bruchsal, wo auch ihr Verlobter August Peters eingekerkert war, geschildert hatte.

Die „Frauenzeitung“ war eine erste frühe Stimme, die in Machtlosigkeit verstummen mußte. Eine „Auferstehung“, an die Louise Otto zuversichtlich glaubte, hat das Blatt erst dreizehn Jahre später, in neuer Form, aber auch noch unter preßgesetzlichen Schwierigkeiten, erlebt. Der Mut des ersten Versuches bleibt bewundernswert. Und unvermindert stark klingt auch das politische Glaubensbekenntnis der ersten Redakteurin in unsere Zeit hinein, der Glaube an „die große Welterlösung“ durch Freiheit und Humanität. (Frau Meisterin.)

Literarisches

Die diesjährige Maifeier-Festschrift des Diez-Verlages enthält folgende beachtliche Beiträge: Otto Wels „Das Fest der Arbeit“, Paul Kampffmeyer „Der kämpfende, solidarische Mensch und das Maifest“, Wilhelm Söllmann „Der Sozialismus als Halt und Hilfe der Zeit“, Marie Juchacz „Die Mütter“ und Arthur Crispian „Die kulturelle Mission des Sozialismus“. In der Ausstattung überrascht die Festschrift durch eine geschmackvolle Anwendung moderner Photo-Montage. Zwanzig Seiten stark, zum billigen Preis von 25 Pf., wird sie auch diesmal gern gekauft werden. Maizeitungs-Bestellungen nimmt jede Volksbuchhandlung entgegen.

Gedenken aus dem Schädel gehämmert, der keine Zeit fand, e kaum genossene Süßigkeiten zu denken, der nur die Fron ken jene Kette, die den Menschen seines eigenen Lebens enttäuscht.

Die Fabrik nahm von der Aenderung in dem Dasein des Schlossers Blank keine Notiz; sie feierte nicht, auch bekam er keine andere Nummer, alles ging unverändert weiter, niemand fragte nach ihm, die Räder schwangen und die Hämmer klirrten ebenso monoton und ebenso impulsiv.

Selbst als ihm der Sohn geboren wurde, fand er kaum Zeit, sich um das Weib zu kümmern, denn die Fabrik wartete seiner, harpte auf ihn, die winzige Schraube in dem komplizierten Räderwerk, die er war. Trotzdem war es ihm, als würde an diesem Tage der Stahl heller klingen und würden die Funken glühender lodern. Aber er täuschte sich. Es war die eigene Freude über ein klein wenig Glück, das auf die Fabrik jedoch mit ihren traurigen Augen, ihren blinden Fenstern keinen Eindruck machte. In ihr ging alles den gewohnten Gang. Ohne Anteilnahme, ohne Verbundenheit. Jahr für Jahr — Tag für Tag.

Die Zeit wurde zum eintönigen Gleichmaß. Die Fron des Alltags erstickte jedes persönliche Gefühl.

Und dann kam jener graue, nasse Samstag. Er war eigentlich genau wie hundert ihm vorangegangene gewesen. Tage, die ebenso naß und gefühllos, hoffnungsarm und sorgenbeladen waren. Morgens in der Frühe hatte er sich gesund von Weib und Kind getrennt, äußerte noch seine Freude, daß er am kommenden Tage bei ihnen sein werde.

„Könntest du nur immer bei uns sein,“ hatte der Rindermund geantwortet, und damit in seinem Herzen irgendeine wunde Stelle getroffen. Er dachte daran, als er bereits an der Fräsmaschine stand, die er an diesem Tage kalt und feindlich ansah.

Er haßte sie, dieses Stück Eisen, lebendigwordenes Material, das heute noch so unverfehrt wie vor 10 Jahren war und für eine Ewigkeit bestimmt schien. Das ihn fesselte, seine Tage ver-schlang und selbst seine Nächte zertraß.

Irgendein Auftrag entfernte ihn an diesem Morgen von dem Arbeitsplatz, brachte ihn dem Getriebe der Räder zu nahe, die ihn unbarmherzig herbeizerzten, ins Gestänge. Qualvoll schrie er auf.

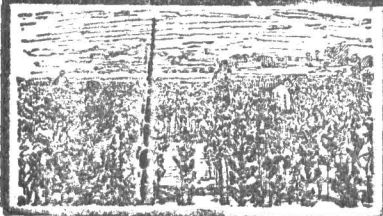
Als man ihn befreite, war die Maschine blutbesudelt. Nur vereinzelt sah man den glänzenden Stahl tränengleich durch die blutgefärbte Platte schimmern.

Für Sekunden horchte man auf, alle spürten die Gleichheit ihres Schicksals: Jedoch was galt ein Opfer der Arbeit? Es war zu ersetzen. Irgendein anderer würde auf Jahre an seine Stelle treten, bis ihn vielleicht ein gleiches Los der Qual des Alltags entriß.

Die Maschinen aber rasten schon wieder weiter. Die Treibriemen sangen so schwirrend wie vorher, die Fenster blickten genau so blind und verständnislos dem Auto nach, das einen Invaliden zu Weib und Kind brachte. Es war gewiß der letzte Tag des Schlossers Blank in der Fabrik gewesen. Nun würde er wohl bei seinem Kinde bleiben — die grauen Hallen hatten ihn freigegeben, sein Dasein war erfüllt.

Nur die Rauchwolken an den Schornsteinen wollten an diesem Morgen nicht fliegen — es war, als hätten sie ihre Trauer-fahnen auf Halbmast gehißt, als wollte ihr Rauch die Erde erdrücken, die kalte und lieblose Erde. Das Leben aber störte sich nicht daran.

Und in der Fabrik ging alles wieder den gewohnten Gang.



Tabakgewerbe



Tabakaußenhandel im Februar

Im Februar dieses Jahres wurden, nach dem vorläufigen Ergebnis des deutschen Außenhandels, 76 072 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 16 193 000 Reichsmark eingeführt und 125 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 21 000 Reichsmark ausgeführt.

Die Lage des Arbeitsmarktes im März

Das aus verschiedenen Gründen mit Spannung entgegen gesehene Ergebnis der statistischen Erhebung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes über die Lage des Arbeitsmarktes in der Tabakindustrie am Ende des Monats März liegt nun vor. Eine wesentliche Veränderung ist gegenüber dem Vormonat nicht eingetreten. Auf je 100 Mitglieder ist die Zahl der Arbeitslosen von 21,09 auf 22,41 und die Zahl der Ueberarbeiter von 1,64 auf 3,53 gestiegen, während die Zahl der Vollarbeiter von 51,33 auf 49,73 und die Zahl der Kurzarbeiter von 25,94 auf 24,33 zurückgegangen ist.

Erfaßt wurden von der statistischen Erhebung Ende März 74 187 (16 769 männliche und 57 418 weibliche) Mitglieder, von denen 16 628 (4102 männliche und 12 526 weibliche) arbeitslos waren, und 18 050 (3263 männliche und 14 787 weibliche) verkürzt arbeiten mußten. Ihre Wochenarbeitszeit von 48 Stunden konnten 36 893 (8234 männliche und 28 659 weibliche) Mitglieder voll ausnutzen, während 2616 (1170 männliche und 1446 weibliche) darüber hinaus arbeiteten. Im einzelnen überschritten die 48stündige Wochenarbeitszeit:

	Männliche	Weibliche	Insgesamt
bis zu 3 Stunden	957	1051	2008
von 4 bis 6 Stunden	108	316	424
um 7 und mehr	105	79	184
Zusammen . . .	1170	1446	2616
Gleichzeitig arbeiteten die Woche verkürzt um			
	Männliche	Weibliche	Insgesamt
1 bis 8 Stunden	882	3347	4229
9 bis 16 Stunden	1525	6987	8512
17 bis 24 Stunden	775	3664	4439
mehr als 24 Stunden	81	789	870
Zusammen . . .	3263	14787	18050

Anschließend einige Angaben über die Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie. Von den erfaßten Mitgliedern waren

in der	Mitglieder	davon			
		Arbeitslose	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
Zigarrenindustrie . . .	52 322	13 239	16 151	20 533	2 399
Zigarettenindustrie . .	16 751	3 157	1 624	11 970	—
Rautabakindustrie . . .	2 226	85	151	1 985	5
Rauch- und Schnupf- tabakindustrie	2 888	147	124	2 405	212
Zusammen	74 187	16 628	18 050	36 893	2 616

Um Vergleiche zu ermöglichen, folgen jetzt die Verhältniszahlen von Februar und März. Von je 100 Mitgliedern waren

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Vollarbeiter		Ueberarb.	
	Febr.	März	Febr.	März	Febr.	März	Febr.	März
Zigarrenindustrie	23,26	25,30	26,50	30,87	48,23	39,25	2,01	4,58
Zigarettenindustrie	18,72	18,85	26,82	9,69	54,46	71,46	—	—
Rautabakindustrie	5,66	3,82	29,23	6,78	64,88	89,17	0,23	0,23
Rauch- u. Schnupf- tabakindustrie	6,22	5,09	7,17	4,29	80,83	88,28	5,78	7,34

Diese Vergleichszahlen zeigen, daß in der Zigarrenindustrie eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, aber auch der Ueberarbeit zu verzeichnen ist. Hier müssen die Verbandsfunktionäre und Betriebsräte einmal nach dem Rechten sehen, damit jede Ueberarbeit unmöglich gemacht wird, für die kein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt. Das sind sie der arbeitslosen und kurzarbeitenden Kollegenschaft ohne weiteres schuldig. Im übrigen ergibt sich aus den Vergleichszahlen, daß die Lage des Arbeitsmarktes in allen anderen Zweigen der Tabakindu-

strie eine Besserung erfahren hat, was besonders aus dem Rückgang der Kurzarbeit in der Rautabak- und Zigarettenindustrie zu ersehen ist.

Konferenz- und Versammlungsberichte

Herford. Am 7. April fand im „Boltshaus“ zu Herford die Jahresversammlung unserer Zählstelle statt. Kollege Stork erstattete den Geschäftsbericht. Hiernach betrug die Einnahme der Hauptkasse 13 672,71 Mark, die Ausgabe 12 553,84 Mark, so daß am Jahresschluß ein Kassenbestand von 1108,07 Mark vorhanden war. Die Lokalkasse bilanzierte mit 4650,55 Mark Einnahme und 3884,01 Mark Ausgabe und einem Kassenbestand von 766,54 Mark. Der Kassenbericht wurde für richtig befunden. Danach gab Kollege Stork ein klares Bild von der Mitgliederbewegung und dem Markenumsatz im Berichtsjahr. Die Mitgliederzahl stieg von 624 am Anfang des Jahres auf 792 am Schluß desselben; ein Zuwachs von 168 Mitgliedern oder 25 v. H. Der Markenumsatz war, wenn man die große Arbeitslosigkeit berücksichtigt, einigermaßen zufriedenstellend. Es wurden pro Mitglied und Jahr rund 40 Marken verkauft. Redner kritisierte alsdann, daß immer noch nicht derjenige Beitrag bezahlt würde, der nach dem Verdienst maßgebend sei. Dieser Mißstand sei hauptsächlich in den ländlichen Bezirken vorhanden. Wohl wäre der Lohn zu niedrig, richtig sei aber auch, daß, ohne Opfer zu bringen, vom Verbands keine Schlagkraft erwartet werden könne. Ernten ohne zu säen sei eben ein Unding. Nachdem der Berichterstatter noch über die Korrespondenz und die geäußerten Klagen und Verhandlungen berichtet hatte, wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Als Vertrauenspersonen für die angeschlossenen Ortschaften wurden auf eine Mitgliederzahl bis 100 zwei, auf jedes weitere Hundert ein Kollege gewählt. Unter „Berghedenes“ gab der Vorsitzende, Kollege Landree, den Kartellbericht und begründete seine Oppositionsstellung betreffs Neuabsetzung des Sekretärpostens. Alsdann führte Kollege Rauchwalbe (Herford) aus: Als im März 1928 die 12-Prozent-Lohnerhöhung eintrat, rechneten selbstverständlich auch die Zeitlohnarbeiter mit dieser Erhöhung auf die bestehenden Löhne. Die Arbeitgeber erklärten aber, daß durch die bis dato vereinbarten Ueberlöhne diese Lohnerhöhung schon ausgeglichen sei. Leider stellte sich auch das Reichsschiedsgericht auf diesen Standpunkt. So gingen die Zeitlohnarbeiter Herfords leer aus. Man kann deshalb wohl die Unzufriedenheit der Kollegenschaft verstehen. Denn in einer Stadt wie Herford von einem Stundenlohn in Höhe von 69 Pf. zu leben, außerdem noch eine Familie zu ernähren, ist schlechtthin unmöglich. Es muß unbedingt bei den zu erwartenden Schlichtungsverhandlungen dafür Sorge getragen werden, daß auch für die Zeitlohnarbeiter das erreicht wird, was zum menschlichen Dasein erforderlich ist. Nach einem Schlußwort des Kollegen Landree wurde sodann die gut verlaufene Versammlung um 18 Uhr geschlossen.

Schmalkalden. Am 7. April fand im Lutherkeller in Schmalkalden für die beiden Verwaltungsbezirke Steinbach-Hallenberg und Brokterode eine Konferenz statt, die außerordentlich stark besucht war. Nachdem der Gauleiter, Kollege Hermann Schmidt (Nordhausen), in seinem Referat die wirtschaftliche Lage gestreift hatte, ging er zur schwebenden Tariffrage über und wies an zahlreichen Beispielen nach, wie eine Anzahl Unternehmer dem noch geltenden Tarif einen Inhalt zu geben bemüht seien, der den festgelegten Bestimmungen geradezu entgegenstehe. Leider finden sich immer noch Arbeiter und auch Betriebsräte, die sich durch schöne Reden einlullen lassen und unüberlegt den Unternehmerwünschen ihre Zustimmung geben, die sich dann zum Schaden der Arbeiter auswirken. Soweit es sich um Änderungen tariflicher Festlegungen handelt, würden diese wohl von den Schiedsinstanzen für nichtig erklärt. Aber auch an diesen Stellen macht sich bemerkbar, daß Unternehmer tarifliche Niederschriften oftmals auslegen wollen, wie sie nicht im Interesse der Arbeiter liegen. Es müsse deshalb die vornehmste Pflicht jedes einzelnen Arbeiters sowie der Betriebsräte sein, mit den Unternehmern oder deren Stellvertretern keine Abmachungen zu treffen, ohne sich nicht vorher mit dem Verbandsvertreter ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Das beziehe sich jedoch nur auf Dinge, die nach dem Tarif betrieblich geregelt werden können, während alle anderen tariflichen Bestimmungen genau zu beachten sind. Wenn auch in der darauffolgenden Aussprache die Ansichten in manchen Punkten auseinandergingen, so waren aber doch alle Redner von dem Gedanken besetzt, das Beste für die Arbeiter und die Organisation zu wollen. In seinem Schlußwort hob Kollege Schmidt die Stellung der Betriebsräte zum Unternehmertum besonders scharf hervor und forderte auf, alle Rechte, die der Betriebsvertretung durch das Betriebsrätegesetz gegeben seien, im Interesse der Arbeiter auszunutzen. Dazu sei aber notwendig, daß sich die Arbeiterschaft geschlossen hinter die Betriebsräte stelle. Diese Geschlossenheit könne nur im Deutschen Tabakarbeiter-Verband verwirklicht werden. Nach einigen aufklärenden Hinweisen auf die Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für Arbeitslose und Kurzarbeiter könnte die imposante Konferenz geschlossen werden.